

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 328

Einwohnerratssitzung vom Montag, 8. Dezember 2003, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Christine von Arx, Mike Wahli
Vorsitz	Aldo Pavan, Präsident
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30.06.2004 1)2291
2. Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode bis 31.12.2004 2)2296
3. Garantie von CHF 1.5 Millionen der Einwohnergemeinde Pratteln für die Finanzierung Um- und Neubau des Alters- und Pflegeheimes Madle im Rahmen der Fremdfinanzierung von gesamthaft CHF 9 Millionen 2292
4. - Voranschlag 2004 2284
 - Festsetzung der Gemeindesteuersätze für das Jahr 2004
 - Festsetzung des Feuerwehropflichtersatzes für das Jahr 2004
 - Festsetzung der Wasserbezugsgebühr für das Jahr 2004
 - Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr für das Jahr 2004
 - Festsetzung der Hauskehr-, Sperrgut- und Containergebühr für das Jahr 2004
5. Neufassung des Strassenreglements der Gemeinde, 2. Lesung 2228
6. Neues Bildungsgesetz: Änderung der Gemeindeordnung, 2. Lesung 2258
7. Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2002/2003 2270
8. Überarbeitung der Erlassammlung der Einwohnergemeinde Pratteln / Aufhebung von hinfälligen Reglementen 2262
9. Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, 2. Lesung 2250
10. Antrag der RPK: Änderung von Ziff. 3.3.2.3.2 und Ziff. 3.3.2.3.3 des Geschäftsreglements des ER 2271

11. Fragestunde (nach der Pause)

Ohne Akten:

- 1) Wahlvorschlag der SP-Fraktion: Werner Graber anstelle von Achille Babbi
- 2) Wahlvorschlag der SVP-Fraktion: Walter Biegger anstelle von Heinz Schaub

Musikalische Eröffnung

Der Leiter der Kreismusikschule, Herr Edgar Kamber, seine Schülerin Lilian Pichler (beide Klarinette) und Frau Evi Burkhalter (Piano) eröffnen mit einer furiosen musikalischen Darbietung die heutige ER-Sitzung. Gespielt wurden das 1. Konzertstück aus „Zwei Konzertstücke für 2 Klarinetten und Klavier“ von Felix Mendelssohn Bartholdy und als Zugabe das Finale des 2. Konzertstückes. Herzlichen Dank.

Neue Persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Stefan Löw betreffend „Sozialhilfebeiträge 2003/2004“
- Interpellation von Heinz Mattmüller betreffend „Verbot einer Schweizerfahne beim Käferhuus“
- Motion von Florian Reischenböck betreffend „Permanenter Fahنشmuck aller Amtsgebäude der Einwohnergemeinde Pratteln“
- Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „EDV“

Dringliche Interpellation von Stefan Löw betreffend „Sozialhilfebeiträge 2003/2004“

Aktenhinweis:

- Dringliche Interpellation vom 7. Dezember 2003

Stefan Löw: Die Situation der Gemeindefinanzen ist prekär. Bei den Sozialhilfebeiträgen haben wir eine riesige Zunahme. Gemäss Auskunft des Kantons bewegt sich die Zunahme bei zwei Prozent. Der Gemeinderat und im speziellen die zuständige Departementsvorsteherin sind gefordert für die Gemeinde eine bessere Lösung zu finden. Ich bitte den Gemeinderat die Fragen zu beantworten.

GR Elisabeth Schiltknecht: So komplexe Fragen kann man nicht beantworten, wenn man den Vorstoss erst heute um 17.00 Uhr erhält.

Stephan Ackermann, Rös Graf, Ruedi Brassel, Erika Schaub und Kurt Lanz sprechen sich gegen, **Rudolf Meury** und **Heinz Mattmüller** für die Dringlichkeit aus.

Abstimmung

://: Mit 23 : 13 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

**Dringliche Interpellation von Heinz
Mattmüller betreffend „Verbot einer
Schweizerfahne beim Käferhuus“**

Aktenhinweis:

- Dringliche Interpellation vom 8. Dezember 2003

Heinz Mattmüller: Es ist mir bewusst, dass eine dringliche Interpellation zu diesem Thema eine Nummer zu gross ist. Heute ist aber Budgetdebatte und unter anderem reden wir auch über das Chäferhuus und das Cappuccetto rosso. Bevor ich Geld bewillige, möchte ich wissen, was das für Leute sind, die so mit einer geschenkten Schweizerfahne umgehen.

Abstimmung

://: Mit 22 : 10 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt. Das notwendige 2/3-Mehr von 26 Stimmen wird jedoch nicht erreicht.

Geschäft Nr. 2291

**Ersatzwahl in die Geschäftsprü-
fungskommission für den Rest der
Amtsperiode bis 30.06.2004**

In stiller Wahl wird für den Rest der Amtsperiode in die Geschäftsprüfungskommission gewählt:

://: **Werner Graber (SP)**

Geschäft Nr. 2296

**Ersatzwahl in die Sozialhilfebehör-
de für den Rest der Amtsperiode bis
31.12.2004**

In stiller Wahl wird für den Rest der Amtsperiode in die Sozialhilfebehörde gewählt:

://: **Walter Biegger (SVP)**

Geschäft Nr. 2292

**Garantie von CHF 1.5 Millionen der
Einwohnergemeinde Pratteln für die**

Finanzierung Um- und Neubau des Alters- und Pflegeheimes Madle im Rahmen der Fremdfinanzierung von gesamthaft CHF 9 Millionen

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 25. November 2003.

GR Max Hippenmeyer: Das Geschäft hat eine gewisse Dringlichkeit, weil das „Madle“ die eigenen Mittel und Spenden aufgebraucht hat und das Geld der Banken benötigt. Wir können ohne Kosten für die Gemeinde dem Alters- und Pflegeheim zu einer günstigeren Finanzierung verhelfen und damit die Betriebsrechnung entlasten.

Rös Graf ist für Eintreten und Genehmigung der Anträge.

Heinz Mattmüller: Hat die von der Bürgergemeinde gespendete Million einen Einfluss auf dieses Geschäft ?

GR Max Hippenmeyer: Die Million der Bürgergemeinde ist eine Spende. Hier geht es um eine Garantieleistung und hat mit dem anderen nichts zu tun. Ohne die Spende würde die Fremdfinanzierung 10 Millionen betragen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

- :// 1. Der Einwohnerrat ermächtigt den Gemeinderat, eine Garantie von maximal CHF 1.5 Millionen zugunsten der Darlehensgeberin für den Neu- und Umbau des Alters- und Pflegeheims „Madle“ der Stiftung Alters- und Pflegeheim „Madle“ im Rahmen der Fremdfinanzierung von rund CHF 9 Millionen zu leisten.
2. Die Dauer der Garantie ist auf 10 Jahre befristet.

Geschäft Nr. 2284

Voranschlag 2004

Aktenhinweis:

- Voranschlag 2004
- Bericht der RPK zum Budget 2004 vom 20. November 2004
- Budgetpostulate Nr. 2293 und 2294

Anwesend:

AL Finanzen Philip Staub

Einwohnerratspräsident Aldo Pavan: Das Budgetpostulat Nr. 2294 ist von Rolf Wirz zurückgezogen worden.

RPK-Präsident Urs Hess: Die RPK ist sich der schwierigen Finanzlage bewusst und hat sich intensiv mit der Rechnung, dem Zwischenabschluss, der Vorbereitung des Budgets und mit dem Budget sowie den Budgetpostulaten in 15 Sitzungen auseinandergesetzt.

Einige Punkte sind besonders erwähnenswert:

- In einer Klausurtagung haben wir uns intensiv mit Sparmöglichkeiten beschäftigt. Daraus ist eine von allen unterstützte Liste zur Behandlung an den Gemeinderat weitergeleitet worden, welcher den Auftrag hatte, die Ideen der RPK zu überprüfen und die daraus resultierenden Konsequenzen aufzuzeigen, damit eine sachliche, politische Diskussion geführt werden kann.
- Die RPK ist erfreut, dass der verlangte Zwischenabschluss in den Finanzplan und ins Budget 2004 eingeflossen ist und vertritt die Auffassung, dass dies weiterhin geschehen soll.
- Ebenfalls hat die Zusammenarbeit mit der ROD Treuhandgesellschaft einige offene Punkte aufgezeigt und diese konnten mehrheitlich durch den Gemeinderat erledigt werden.
- Wie im RPK-Bericht erwähnt, hat eine Prüfung des ausgelagerten Sozialhilfebereichs diverse Mängel aufgezeigt. Die RPK hat zur Überprüfung des gesamten Sozialbereiches für gewisse Untersuchungen die GPK beauftragt. Dabei sollen Abläufe und Kompetenzen von der GPK und die finanziellen Auswirkungen durch die RPK untersucht werden. Diese Arbeiten werden anfangs 2004 aufgenommen.

Ich danke allen RPK-Mitgliedern und Philip Staub für die gute Zusammenarbeit und das grosse Engagement, waren doch teilweise bis zwei Sitzungen mit intensiven Vorbereitungsarbeiten pro Woche zu bewältigen.

Nun zum Budget 2004: Das Beständigste in dieser Legislaturperiode sind die Veränderungen, welche einen Vergleich mit den Vorjahreszahlen erschweren. War es einmal die Umstellung auf das neue Rechnungsmodell, so spielt diesmal das neue Bildungsgesetz und der damit verbundene neue Finanzausgleich hinein, was ein Vergleich erschwert. Generell kann gesagt werden, dass die Einsparungen durch den massiven Anstieg der Sozialhilfeausgaben wieder aufgeessen werden. Dieser Budgetposten macht mittlerweile rund ein Sechstel unseres Haushaltes aus. Es ist angebracht, wenn dieser Posten von der GPK und der RPK genauer unter die Lupe genommen wird. Hier ist Handlungsbedarf vorhanden.

Die Budgetpostulate wurden ebenfalls in der RPK behandelt. Die RPK kommt aus sachlichen Überlegungen einstimmig zum Schluss, dass das verbliebene Postulat abzulehnen ist. Bis jetzt hat die RPK nur Geld ins Budget aufgenommen, welches durch eine klare Vorlage vom Einwohnerrat bewilligt worden ist. Die RPK vertritt die Auffassung, dass zuerst eine Vorlage über das cappuccetto rosso vorhanden sein muss, bevor Geld bewilligt werden kann.

Der Gemeinderat hat ein realistisches Budget vorgelegt. Dennoch hat die RPK gewisse Änderungsanträge und bittet den Einwohnerrat, diese zu genehmigen. Der Auftrag der RPK an den Gemeinderat, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, ist dem Gemeinderat fast gelungen. Wie man aus den Anträgen der RPK entnehmen kann, verschlechtert die RPK das Budget 2004 um zirka CHF 150'000.—. Vor allem zwei Posten fallen hier auf:

CHF 100'000.— sollen zur Missbrauchsbekämpfung im Sozialhilfebereich zur Verfügung gestellt werden. Die RPK ist überzeugt, dass dadurch ein Mehrfaches zurück kommt. CHF 115'000.— sollen für die Fremdvergabe der Strassenreinigung eingesetzt werden. Damit kann auf die Investition einer neuen Wischmaschine verzichtet werden. Da mit der Aussetzung der alten Wischmaschine ebenfalls der dazugehörige Maschinist in Pension geht, ist die Gelegenheit günstig, diesen Weg auszuprobieren, da die Kosten gleich hoch sind. Somit kann aufgrund der Erfahrung im 2004 erneut über die Wischmaschine entschieden werden.

Die RPK votiert klar für Eintreten und macht dem Rat beliebt, das Budget mit den Anträgen der RPK zu genehmigen. Ich bitte den Rat zu bedenken, dass alle neuen Ausgaben, welche heute Abend beschlossen werden, sich negativ auf unser Eigenkapital auswirken. Und das ist sehr dünn.

GR Max Hippenmeyer (mit Beamer): Ich möchte allen danken, die hier mitgeholfen haben; insbesondere Herrn Philip Staub.

Zu den Eckdaten: Der Mehraufwand beträgt knapp CHF 148'000.—. Das Defizit haben wir gegenüber dem Budget 2003 mehr als halbiert, aber unser Ziel knapp ver-

fehlt. Die Belastbarkeitsquote ist gegenüber dem Finanzplan ein bisschen besser und beträgt CHF 2.621 Millionen. Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 6.27 Millionen, wovon fast zwei Drittel über die Spezialfinanzierungen laufen. Der Finanzierungsüberschuss beträgt CHF 432'425.—. Wir müssen uns trotz des negativen Ergebnisses nicht neu verschulden. Ein Vergleich mit dem Voranschlag 2003 ist aufgrund der vielen Verschiebungen beim neuen Bildungsgesetz und dem neuen Finanzausgleichsgesetz praktisch nicht möglich. Das vorliegende Resultat ist nur möglich gewesen, weil wir auf viele Aufgaben verzichten oder diese hinausgeschoben haben. Eine Wiederholung in den kommenden Jahren ist kaum realisierbar. Wir haben Kürzungen vorgenommen, die an die Substanz gehen. Der Sachaufwand ist auf Grund der Vorgaben des Gemeinderates an die Verwaltung „im Griff“. Leider hat ein erneuter Anstieg bei den Sozialhilfekosten und bei den Alters- und Pflegeheimbeiträgen mit einem Nettoaufwand von fast CHF 5 Millionen das Resultat so beeinflusst. Das entspricht einer Zunahme gegenüber der Rechnung 2001 von satten 51 Prozent. Diese Zahlen widerlegen ganz klar verschiedene Aussagen, wonach wir die Sache nicht „im Griff“ hätten. Die Übernahme der Sekundarschulbauten ist nach wie vor pendent.

Vergleich zum Finanzplan 2004: Der Zinssatz für die interne Verrechnung wurde auf dem Vorjahresstand belassen. Wir haben keine Zunahme der Steuereinnahmen und der Finanzausgleich ist CHF 250'000.— höher. Die Mieten für das Schulhaus Erlen wurden angepasst. Schlussendlich ist der Aufwandüberschuss um zirka CHF 479'000.— tiefer.

Zu den Steuern: Die Budgetierung erfolgte praktisch auf dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zur Rechnung 2002 stellen wir einen leichten Rückgang von 0.4 Prozent fest. Als Folge des neuen Finanzausgleichsgesetzes fallen die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern weg.

Die Spezialfinanzierungen: Diese bieten keine Probleme. Bei der GGA resultiert ein Mehrertrag von CHF 36'535.—, nach zusätzlichen Abschreibungen von CHF 200'000.—. Bei der Wasserversorgung haben wir einen Mehrertrag von fast CHF 100'000.—, nach zusätzlichen Abschreibungen von CHF 250'000.—. Der Mehraufwand bei der Abwasserbeseitigung von CHF 834'140.— wird durch das vorhandene Kapital von weit über CHF 2 Millionen gedeckt. Hier haben wir einen Rabatt auf den Gebühren von 25 Prozent festgelegt. Auch die Abfallbewirtschaftung weist einen Mehraufwand von CHF 54'040.— aus. Hier haben wir das erste Mal die vollen Personalkosten überlagert. Die Sackgebühr wird deshalb nicht erhöht. Solange ich hier bin, wird keine Grundgebühr als zusätzliche Gebühr eingeführt.

Zu den Investitionen: Wegen der Mittelknappheit sind wir nach wie vor auf Sparflamme, aber eine Verstetigung ist nicht in Frage gestellt. Die Sanierung der Dorfturnhalle mit CHF 3 Millionen benötigt fast die Hälfte des Investitionsvolumens. Das Projekt ist für den Gemeinderat überhaupt nicht in Frage gestellt. Die Mittel sollten bis zum Baubeginn in der Vorfinanzierung sichergestellt sein. Die Dorfturnhalle ist ein Attraktivitätsgewinn und wir sind der Bevölkerung schuldig. Dafür wurde am Dorffest gearbeitet. Die restlichen Investitionen betreffen schwergewichtig die Bereiche Strassenunterhalt, Abwasserentsorgung und Wasserversorgung.

Zur Selbstfinanzierung: Hier haben wir einen Selbstfinanzierungsgrad von 106.8 Prozent gegenüber der Rechnung 2002 mit 137.4 Prozent.

Zum RPK-Bericht: Ich bin mir eigentlich gewohnt, dass die RPK das Resultat des Gemeinderates verbessert. Wo sind die Kompensationen bei den Mehraufwänden?

Zum Eigenkapital: Das Eigenkapital betrug per 1. Januar 2003 CHF 1'614'835.—. Nach Abzug des Mehraufwandes bleiben Ende Jahr noch CHF 506'835.— übrig. Wenn die RPK-Anträge angenommen werden ergibt das ein Defizit von CHF 310'000.— mit einem Eigenkapital von CHF 196'410.—. Bei Annahme des Budgetpostulats der CVP verbleibt ein Eigenkapital von CHF 96'410.— per 31. Dezember 2004.

Fazit: Wir haben zwar rigoros gespart aber das Ziel nicht erreicht. Das lässt sich so nicht wiederholen. Der erneute Abbau des Eigenkapitals geht in Richtung Null. Spa-

ren, respektive Nichtausgaben reicht auf Dauer nicht mehr aus. Rund 80 Prozent unserer Ausgaben sind fremdbestimmt und die Tendenz ist eher zunehmend. Nein zu neuen Aufgaben, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. Ich verweise auf das eingereichte Budgetpostulat. Wir dürfen die Probleme nicht vor uns herschieben. Ausblick: Die Weichenstellung liegt zu 100 Prozent bei uns, denn wir entscheiden zum Beispiel ob der Zirkus auf dem Bussparkplatz sein Winterlager aufstellt, statt dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir entscheiden, ob wir eine grüne Wiese auf dem Blözen behalten wollen, statt attraktiven Wohnraum für Steuerzahler zu erschliessen, ob die Asylanten 8 bis 12 Wochen im Durchgangsheim bleiben, oder ob man sie über mehrere Jahre unterbringen und einschulen muss. Pratteln muss vor allem für Besserverdienende attraktiver werden. Steuererhöhungen sind für mich kein Thema. Im Gegenteil: mit dem vorgeschlagenen Rabatt bei den Abwassergebühren werden unsere Steuerzahler erstmals seit vielen Jahren entlastet. Bei den Privaten macht das zirka 1.5 Steuerprozent aus und auch die Industrie wird in erheblichem Mass entlastet. Die Spezialfinanzierungen müssen keine Fettpolster anhäufen.

Rös Graf: Für die SP-Fraktion ist das Budget einigermaßen realistisch. Wir treten darauf ein und möchten allen Personen, ganz spezielle der RPK, für die grosse Arbeit danken. Das Sparpotential ist endgültig ausgeschöpft. Die Unterhaltsarbeiten sind in allen Bereichen auf das nötigste reduziert worden. Wie lange kann das noch so weitergehen, ohne dass die Substanz darunter leidet? Warum ist die dramatische Entwicklung in vielen Baselbieter Gemeinden entstanden? Immer mehr Aufgaben werden vom Bund und dem Kanton an die Gemeinden übertragen. Ganz entscheidend zu den leeren Kassen beigetragen haben die verantwortungslosen Steuersenkungsvorlagen in vielen Bereichen. Die SP und die Gewerkschaften haben das nie unterstützt. Die aufgehobene Erbschafts- und Schenkungssteuer wirkt sich bereits heute auf die Vorlage aus. Auch der Ruf nach guten Steuerzahlern auf dem Blözen bringt kein Geld in die Kasse, wenn man nicht die entsprechende gute Infrastruktur (Betreuungsplätze für Kinder etc.) anbieten kann.

Rudolf Meury: Ich verstehe das immer gleiche Lied betreffend Fremdbestimmung von Bund und Kanton nicht. Wir machen die entsprechenden Gesetze ja selbst. Die RPK hat keinen guten Job gemacht. Wieso hat man nicht mehr Kürzungen vorgeschlagen? Wenn schon von Missbrauch gesprochen wird, dann packen wird doch das Problem gleich an. Da braucht es keine CHF 100'000.—.

Heinz Schiltknecht (mit Hellraumprojektor): Mit der RPK bin ich dieses Jahr nicht speziell zufrieden. Bis auf die drei Funktionen Umweltschutz, Verkehr und Verwaltung nehmen alle anderen ab. Zum Umweltschutz: Die Abfuhrgebühr ist teurer geworden und man hat eine Person dazu genommen. Das ist also erklärbar. Zum Verkehr: Wir stellen fest, dass wir mehr an den regionalen öffentlichen Verkehr bezahlen müssen. Das ist fremdbestimmt. Bei der allgemeinen Verwaltung haben wir von 2002 bis 2004 eine massive Ausgabenerhöhung von CHF 600'000.—. Die RPK hat kein einziges Wort dazu gesagt. Warum hat die RPK das nicht hinterfragt? Zu den Personalkosten mit den Nettolöhnen bei der Allgemeinen Verwaltung ohne Polizei und Arbeitsamt: Von 2000 bis 2004 nehmen die Lohnkosten (ohne Lehrer) um 6 Prozent zu. Nimmt man die Allgemeine Verwaltung weg, dann nehmen die Kosten um 2.17 Prozent zu. Ausser bei der Allgemeinen Verwaltung haben wir die Löhne „im Griff“ gehabt. Hier stellen wir einen horrenden Zuwachs von 20 Prozent fest.

Heinz Mattmüller: Die Schweizerdemokraten sind für Eintreten. In Anbetracht der sogenannten ungünstigen Bevölkerungsstruktur (37 Prozent Ausländer) stimmen wir dem Budget nicht zu und werden uns der Stimme enthalten.

Urs Hess: Die RPK hat nicht schlecht gearbeitet. Das muss ich deutlich zurückweisen. Heinz Schiltknecht hat Äpfel mit Birnen verglichen und kann seine Rüge kann ich nicht annehmen.

GR Max Hippenmeyer: Heinz Schiltknecht hat genau das gemacht, was wir nicht gewollt haben. Es ist nicht vergleichbar. Auf der Seite 16 sehen Sie im Bereich Real- schule, dass der Aufwand von 3.2 Millionen auf CHF 47'000.— gesunken ist. Das ist so, weil der Kanton die Trägerschaft übernommen hat. Der von Heinz Schiltknecht gemachte Vergleich mit den Vorjahren ist einfach sehr unseriös. Im weiteren verweise ich auf die Seite 30 und auf die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes. Ich bitte Heinz Schiltknecht sachlicher zu werden und die Leute nicht mit Folien zu verunsichern.

Heinz Schiltknecht: Meine Präsentation betreffend der Allgemeinen Verwaltung konnte mir weder Urs Hess noch Max Hippenmeyer widerlegen. Über die Bildung habe ich bewusst nichts gesagt, weil dort sehr vieles „im Fluss“ ist. Bei genauerem Hinsehen hätten Sie festgestellt, dass ich gewisse Beträge herausgenommen habe, damit sie überhaupt vergleichbar sind. Die 20-prozentige Zunahme „schleckt keine Geiss weg“.

Walter Biegger: Ich weise darauf hin, dass der letzte und einzige Steuersenkungs- antrag im Einwohnerrat von einem Sozialdemokratischen Finanzminister gestellt wurde. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Urs Hess: Der Einwohnerrat hat gewisse Stellen neu bewilligt.

Kurt Lanz: Rös Graf hat nicht eine kommunale Steuerermässigung gemeint.

://: Der Rat beschliesst einstimmig Eintreten.

Detailberatung

011.300

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, CHF 4'000.— für die Spezialkommission „Besol- dungs- und Behördenreglement“ und im gleichen Konto CHF 1'700.— für das Wahl- büro aufzunehmen, da die Aufhebung der Aussenwahllokale noch nicht beschlossen ist.

://: Die Anträge 3.1 und 3.2 der RPK werden mit grossem Mehr angenommen.

020.318

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, bei den Dienstleistungen und Honorare CHF 7'000.— zu kürzen.

GR M. Hippenmeyer: Der Betrag ist im Budget zu belassen. Es gibt verschiedene Projekte, wo eine Rechtsberatung beigezogen werden muss. Eine Einschränkung wäre hinderlich und die allfällige Einreichung eines Nachtragskredits ist aus verfahr- ensökonomischen Gründen nicht sinnvoll.

://: Der Antrag 3.3 der RPK wird mit 25 : 4 Stimmen angenommen.

160.311, 160.317, 160.381

Philipp Schoch stellt den Antrag die Posten 160.311, 160.317 und 160.381 auf Null zu streichen. Wir müssen sparen. Pratteln würde positive Schlagzeilen machen, wenn man sich einen solchen Luxus wie der Zivilschutz nicht mehr leisten würde.

Urs Hess: Es handelt sich hier um Kurskosten und es ist ein gesetzlicher Auftrag, der erfüllt werden muss. Der Antrag ist abzulehnen.

GR Rolf Wehrli: Das neue Kurswesen wird vom Kanton bestimmt und es bestehen gesetzliche Grundlagen, die eingehalten werden müssen. Das Kurswesen wurde in den letzten Jahren tief gehalten, weil wir die Kurse selber angeboten haben. Der Antrag ist abzulehnen.

Nach den Ausführungen von **AL Philip Staub** zieht **Philipp Schoch** den Streichungsantrag betreffend Konto Nr. 160.381 zurück.

://: Die Streichungsanträge von Philipp Schoch werden mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt.

302.365

Christian Schäublin: Ich beantrage, die Beiträge an private Institutionen (Theater, Musik), Konto Nr. 302.365 auf CHF 51'500.— (gleicher Betrag wie im Voranschlag 2003) festzusetzen. Die generelle Kürzung von 20 Prozent bedeutet Sparen am falschen Ort. Die Vereine tragen mit ihrem freiwilligem Einsatz viel zur kulturellen Vielfalt in Pratteln bei. Die Vereine nehmen auch Repräsentationen für die Gemeinde an offiziellen Anlässen wahr. Die Vereine steuern viel zur Jugendarbeit bei, indem sie eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung anbieten. Die wirtschaftliche Situation geht auch bei den Vereinen nicht spurlos vorbei und es ist nicht mehr so einfach, an das nötige Geld zu kommen. Die Vereine sind nach wie vor auf diese Beiträge angewiesen. Warum gerade 20 Prozent? Das bedeutet eine relativ „happige“ Kürzung und wird den Vereinen fehlen. Es ist aber auch ein Affront gegenüber den Vereinen und ich frage mich, ob die geleistete Arbeit plötzlich weniger wert ist.

Urs Hess: Wenn wir sparen, dann müssen alle ein bisschen mithelfen. Die RPK hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, die Beiträge an die privaten Institutionen zu überprüfen und gewisse Regelungen auszuarbeiten. Im nächsten Budget muss klar sein, wie die Beiträge berechnet werden.

GR Max Hippenmeyer: Ich zitiere Bundesrat Villiger: „Der Sparsinn im allgemeinen ist weit verbreitet, nur im besonderen nicht.“ Mit dieser Subventionskürzung verdient sich der Gemeinderat sicher keine Lorbeeren. Damit keine Ausspielung passiert, hat man eine lineare Kürzung vorgenommen. Wir werden in Zukunft Richtlinien festlegen.

Florian Reischenböck und **Walter Biegger** bitten den Rat, den Antrag von Christian Schäublin zu unterstützen.

://: Der Antrag von Christian Schäublin wird mit 20 : 12 Stimmen abgelehnt.

320.390

Heinz Schiltknecht: Der Personalaufwand ist konsequent höher ausgefallen. Ist die Erhöhung die erste Auswirkung auf mein Postulat? Gegenüber der Rechnung 2002 wurde der Betrag fast verdoppelt.

GR Max Hippenmeyer: Gegenüber dem Budget 2003 haben wir ein Plus von CHF 1'800.—. Ich sehe keine wesentliche Erhöhung und verweise auf die Begründung im Kommentar.

350.318, 350.481

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, beim Konto 350.318 CHF 40'000.— zu kürzen, weil kein klares Konzept für die beanspruchten Gelder vorhanden ist. Als Folge ist die Kürzung auch beim Konto Nr. 350.481 vorzunehmen.

350.301

Kurt Lanz beantragt, CHF 29'000.— für die Praktikumsstelle aufzunehmen. Die Angelegenheit betreffend Jugendhaus ist noch nicht erledigt. Wir befinden uns in einem status quo und der Betrag ist im Budget wieder aufzunehmen. Andererseits kann die SP dem Antrag der RPK zustimmen.

Urs Hess: Die RPK war sich in dieser Sache nicht einig. Wir überlassen die Entscheidung dem Rat.

GR Max Hippenmeyer, Dieter Stohler, Stefan Löw und Rudolf Meury lehnen den Antrag von Kurt Lanz ab.

Priska Forter, Ruedi Brassel, Maya Wittwer und Stephan Ackermann stimmen dem Antrag von Kurt Lanz zu.

://: Der Antrag von Kurt Lanz wird mit 20 : 16 Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag 3.4 der RPK wird mit grossem Mehr gegen 1 Stimme angenommen.

://: Der Antrag 3.5 der RPK wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme angenommen.

540.365

Olga Aeberhard (Budgetpostulat Nr. 2293): Heute Abend entscheiden Sie über die Zukunft des cappuccetto rosso. Wenn Sie die rund 30 Betreuungsplätze erhalten wollen, dann bitte ich Sie, der Aufnahme von CHF 100'000.— zu zustimmen. Im August 2002 hat der Einwohnerrat einen Betrag von zirka CHF 270'000.— abgelehnt. Heute geht es nur noch um eine Subvention. Das ist eine Investition in die Zukunft. Gemäss Auskunft des Kantons Baselland fehlen rund 630 Ganztagesplätze für Säuglinge und Kleinkinder. Ich zitiere aus der Studie von Frau Dr. Karin Müller aus dem Kanton Zürich: „Weshalb sich familienergänzende Kinderbetreuung auch volkswirtschaftlich lohnt. Fakten und Argumente. Für jeden investierten Steuerfranken fließen rund CHF 1.60 an die SteuerzahlerInnen zurück.“ Ein weiterer Nutzen aus der Studie: pro investierten Steuerfranken erhält die Gesellschaft mindestens CHF 3.00 bis 4.00 zurück. Unser Budget ist nicht so rosig, aber ich habe den Posten 620.382 gefunden, welcher gut um CHF 100'000.— gekürzt werden kann. Bei den Erläuterungen ist vom QP Raurica Nova die Rede. Raurica Nova ist für mich noch fern, das cappuccetto rosso braucht die Unterstützung jetzt. Ich bitte Sie, den Betrag dort zu kürzen und dem Kredit für das asilo zu zustimmen. Sie ermöglichen damit 30 Kindern einen guten und seriösen Betreuungsplatz. Auch die angestellten Personen könnten dann weiterarbeiten. Wenn Sie nicht zustimmen, dann wird das asilo geschlossen. Dann fehlen Betreuungsplätze und die Eltern sind zum Teil gezwungen, ihre Stellen zu kündigen. Das Einkommen sinkt und einige werden sozialhilfeabhängig. Das heute gesparte Geld geben Sie danach bei den Sozialhilfekosten aus. Zum Thema Integration: Die Kinder aus den verschiedensten Nationen lernen ganz früh, sich in eine Gruppe zu integrieren. Im asilo herrscht ein guter Geist. Geben Sie dem asilo eine Chance. Wir werden sicher Anpassungen vornehmen müssen, begleitet von der Fachstelle in Liestal.

Siegfried Siegrist und **Urs Baumann**: Wir erwarten von Olga Aeberhard, dass sie in den Ausstand tritt, weil sie als Präsidentin des Trägervereins vorgesehen ist.

Urs Hess: Die RPK kann das Postulat nicht unterstützen. Das Geschäft bedingt eine Vorlage, welche allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt im Rat debattiert werden kann. Im übrigen gibt es andere günstigere Betreuungsplätze und verweise auf den Tagesmütterverein. Dort hat es noch freie Plätze.

GR Max Hippenmeyer: Ich bitte den Rat, den Betrag aus Präjudizgründen nicht aufzunehmen. Das Geschäft muss mit einer Vorlage behandelt werden. Das asilo muss zuerst einen geordneten und gesicherten Betrieb aufnehmen. Die bisherigen Aussagen des Vorstandes waren ein bisschen widersprüchlich. Mit der Bezahlung der Defizitgarantie wurde gesagt, dass dieser Betrag für eine geordnete Schliessung per 31. Januar 2004 ausreicht. Auch die im Budget genannten Elternbeiträge von CHF 900.— sind jenseits von Gut und Böse. Wer kann sich das leisten? Im übrigen kann Zürich nicht mit Pratteln verglichen werden und beim angesprochenen Konto handelt es sich um Sonderbeiträge, welche zweckgebunden für infrastrukturelle Aufgaben verwendet werden müssen. Eine Kürzung ist dort ausgeschlossen.

Maya Wittwer: Die SP-Fraktion beantragt, die CHF 100'000.— in das Budget aufzunehmen. Der Betrag soll mit einem „Sternchen“ versehen werden, was gemäss jahrelanger Praxis bedeutet, dass dazu eine klare Vorlage auszuarbeiten ist.

Walter Biegger: Es macht wirklich keinen Sinn, den Betrag aufgrund der vorliegenden und wenig gesicherten Grundlagen aufzunehmen und eine Vorlage zu verlangen.

Olga Aeberhard: Mit den CHF 100'000.— und dem Betrag des Lotteriefonds von CHF 60'000.— hätten wir für das Jahr 2004 einigermaßen „ausgesorgt“. Für Investitionen haben wir noch nichts vorgesehen. Wir besitzen aber eine befristete Bewilligung des Kantons bis Ende August 2004. Zum verlangten Ausstand: Ich habe im Verein keine Funktion und werde erst dann Präsidentin, wenn es im asilo weitergeht.

Erika Schaub: Es wird nicht bei den CHF 100'000.— bleiben. Ich unterstütze das Votum von Urs Hess und lehne das Postulat ab. Zu viele haben sich bis heute aus der Verantwortung gestohlen und ich bin nicht bereit, die „Suppe auszulöffeln“.

Dieter Stohler: Es gilt abzuwägen zwischen zwei wirtschaftspolitischen sinnvollen Anliegen: einerseits ein nicht noch grösseres Defizit und andererseits Betreuungsplätze für Kinder. Wir möchten beides befürworten, jedoch „beisst“ sich das gegenseitig. Wenn ein privates Angebot wegfällt ist das nicht unbedingt zwingend, dass plötzlich ein Notstand herrscht. Es zeigt sich, dass sich plötzlich andere Unterbringungsmöglichkeiten ergeben. Es ist noch kein nachhaltiges Konzept vorhanden und auch die Bedingung nach einer sprachliche Durchmischung ist noch nicht voll erfüllt. Die finanzielle Situation der Gemeinde erlaubt es im Moment nicht, neue Aufgaben zu übernehmen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat aus den genannten Gründen ab.

Stephan Ackermann: Zwei Seelen wohnen in meiner Brust. Ich bin für Betreuungsplätze, habe aber ein ungutes Gefühl und vieles scheint noch unklar.

Florian Reischenböck stellt den Antrag auf Schliessung der Rednerliste.
://: Der Ordnungsantrag wird mit 19 : 9 Stimmen angenommen.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

9 Ratsmitglieder verlangen eine namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung (gemäss Ziff. 3.4.4 ER-Reglement)

Es stimmten mit Ja:

Ackermann Stephan, Aeberhard Olga, Brassel Ruedi, Dürr Daniela, Forter Priska, Graber Werner, Graf Rös, Lanz Kurt, Maurer Nadia, Meury Rudolf, Pavan Aldo, Pfäffli Roland, Ramseier Petra, Ris Dora, Schoch Philipp, Schwob Marlene, Wittwer Maya, Wirz Rolf

Es stimmten mit Nein:

Baumann Urs, Biegger Walter, Dalcher Markus, Handschin Ruedi, Hess Urs, Löw Stefan, Märki Wolfgang, Martin Alexander, Mattmüller Heinz, Reischenböck Florian, Schaub Erika, Schäublin Christian, Schiltknecht Heinz, Schneider Urs, Siegrist Siegfried, Stebler Roland, Stohler Dieter, Streit Armin, Wiesner Fredi, Willi Albert

://: Der Antrag der CVP-Fraktion (Budgetpostulat Nr. 2293) wird mit 20 : 18 Stimmen abgelehnt.

581.318

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, beim Konto 581.318 CHF 100'00.— aufzunehmen gemäss den Erläuterungen im RPK-Bericht.

Kurt Lanz: Die SP ist gleicher Meinung wie die RPK. Wir sind aber nicht ganz sicher, ob das im richtigen Konto ist. Schlussendlich sind es Personen in der Verwaltung und der Betrag gehört somit in das Konto 581.301. Ansonsten haben wir eine Schnittstelle mehr.

Urs Hess: Das ist mit Absicht nicht bei den Löhnen des Verwaltungspersonals. Die Arbeit kann befristet und extern erledigt werden. Wenn es rechtliche Abklärungen braucht, dann soll das durch eine externe Stelle gemacht werden. Wir wollen keine Polizisten anstellen.

Philipp Schoch: Dass es Missbrauch gibt ist nicht speziell und völlig normal. CHF 100'000.— sind unverhältnismässig, weil es sich wohl kaum um grössere Beträge handelt. Wenn der Sozialbereich unterdotiert ist, dann muss dieser Bereich aufgestockt werden. Dieser Antrag ist konzeptlos, weil nicht ersichtlich ist, wer diese Arbeit machen soll.

Erika Schaub: Ist der Antrag wirklich gut geprüft worden und ist die Idee mit dem Datenschutz überhaupt vereinbar ?

Urs Hess: Die GPK und RPK haben nach Auskunft des Datenschutzbeauftragten Einsichtsrecht in die Akten.

Alexander Martin stellt den Antrag, beim Konto Nr. 581.366 CHF 315'000.— zu kürzen.

Petra Ramseier: Das Geld ist besser investiert, wenn das bestehende Personal für solche Problemstellungen geschult wird.

GR Elisabeth Schiltknecht: Das Geld ist beim Personal besser angelegt. Wenn genügend Zeit vorhanden ist, dann kann man auch sorgfältiger abklären und es gibt weniger Fehler. Im Konto 581.301 ist eine befristete Stelle vorgesehen und für Fälle, wo wir einen Spezialisten oder ein Anwaltsbüro beauftragen müssen ist im Konto 581.318 genügend Geld vorhanden.

Stefan Löw: Missbrauch darf nicht toleriert werden.

Ruedi Brassel: Missbrauch wird von niemandem toleriert. Der überwiegendste Teil der SozialhilfeempfängerInnen sind anständige Bürgerinnen und Bürger und wissen, wem sie verpflichtet sind. Gegen Missbrauch müssen wir etwas unternehmen.

Rudolf Meury: Auch wir sind gegen Missbrauch. Wir haben aber keine Erklärung für den Antrag erhalten, welcher konzeptlos in einem Satz dasteht.

Ruedi Handschin: Wir wissen von den an die ABS ausgelagerten Fälle, wie gross der Prozentsatz schlecht oder unvollständig abgeklärter Fälle gewesen ist. Gelder in sechsstelliger Höhe wurden zu viel oder irrtümlich ausbezahlt. Es gibt noch viele Dossiers, welche nachbearbeitet werden müssen. Dem Kind haben wir einen Namen geben müssen und das Ganze läuft unter dem Begriff Missbrauch. Für neue Fälle stelle ich ein gutes Zeugnis aus. Die Gemeinde ist auf gutem Weg.

GR Elisabeth Schiltknecht: Jedes Jahr wird dem Kanton ein neues Berechnungsblatt zugeschickt. Ich muss die Aussagen von Ruedi Handschin zurückweisen und es ist nicht so, dass ein gewisser Teil der Fälle schlecht bearbeitet worden ist. Zum Datenschutz: Bei Unstimmigkeiten gehen wir der Angelegenheit nach und bei Missbrauch wird die Unterstützung gekürzt oder gar gestrichen. Jeder ist verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, ansonsten macht er sich strafbar. Bei Hinweisen von Dritten müssen wir aus Gründen des Datenschutzes schweigen. Der grösste Teil ist ehrlich.

Kurt Lanz stellt den Antrag auf Schliessung der Rednerliste.

://: Der Ordnungsantrag wird mit grossem Mehr angenommen.

://: Der Antrag Nr. 3.6 der RPK wird mit 16 : 16 Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

589.366

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, beim Konto Nr. 589.366 CHF 25'000.— für das Weihnachtsgeld an EL-BezügerInnen zu streichen.

Petra Ramseier und **Olga Aeberhard** sind gegen eine Streichung.

GR Elisabeth Schiltknecht: Mittlerweile haben wir viele EL-BezügerInnen, die in Alters- und Pflegeheimen wohnen und dort ein Sackgeld erhalten. Eine Differenzierung und die Beurteilung betreffend der Bedürftigkeit ist immer schwieriger geworden und es gibt keine Gerechtigkeit bei einer Verteilung.

Ruedi Brassel: Wir haben uns immer gewehrt, das Weihnachtsgeld zu streichen. Wenn aber der Aufwand zu gross wird und der Verteilungsmodus nicht mehr transparent ist, dann ist es Zeit, allerdings schweren Herzens, darauf zu verzichten.

://: Der Antrag Nr. 3.7 der RPK wird mit 21 : 11 Stimmen angenommen.

620.318

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, beim Konto Nr. 620.318 CHF 115'000.— zu erhöhen. Die Wischmaschine soll nicht mehr ersetzt werden und die Strassenreinigung auswärts vergeben werden. Ein Vergleich hat ergeben, dass eine Fremdvergabe kostenmässig fast auf dasselbe hinausläuft. Wir haben aus verschiedenen Gründen

(Defekte Wischmaschine, Pensionierung Wischmaschinenfahrer) jetzt die Möglichkeit, eine solche Fremdvergabe ein Jahr lang auszutesten.

GR Denise Stöckli: Zur Zeit haben wir zwei Wischmaschinen. Die grosse ist 15 Jahre alt und seit September ausser Betrieb. Die kleinere ist 14 Jahre alt und durch den Ausfall der grossen Maschine täglich im Einsatz. Die zur Zeit gemietete Maschine kostet pro Tag CHF 1'129.—. Die RPK hat vergessen, dass wir Reinigungsverträge mit Augst, dem Grüssencenter, der Buss AG, IKEA, Häring, Rohner und Batigroup haben. Wir haben Einnahmen von rund CHF 20'000.— pro Jahr. Zudem haben wir einen Werbevertrag. Ich gehe davon aus, dass hier niemand einen Leistungsabbau betreffend Sauberkeit bei den Strassen befürwortet. Der Gemeinderat lehnt den Antrag der RPK ab. Die Zahlen des Werkmeisters „sprechen eine andere Sprache“ und die Auslagerung kommt sicher teurer zu stehen.

Ruedi Brassel: Ich staune schon über den Mut der RPK, praktisch im Blindflug in eine Auslagerung zu starten. Die Einnahmenseite wurde vergessen und es ist nicht klar, welche Dienstleistung eingekauft werden soll.

GR Beat Stingelin: Wir haben einen Werbevertrag mit dem Media Markt, welcher Einnahmen von CHF 12'000.— pro Jahr bringt. Der Vertrag wurde für die grosse Wischmaschine und für drei Jahre abgeschlossen. Mit einer Auslagerung wäre der Vertrag hinfällig.

Kurt Lanz und Rudolf Meury lehnen den Antrag der RPK ab.

Urs Hess: Ich kann nicht fliegen und deshalb auch nicht blind fliegen. Wir haben die Unterlagen des Werkhofes bekommen und daraus kann man ganz klar lesen, dass es im Moment gleich viel kostet. Wenn die Wischmaschine mehr Leistung erbringt, dann hat man Geld eingespart. Ich gebe zu, dass die RPK von den Werbeverträgen keine Kenntnis hatte. Aber diese Verträge können durchaus mit der verbleibenden Maschine eingehalten werden.

Erika Schaub befürwortet den Antrag der RPK.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

//: Der Antrag Nr. 3.9 der RPK wird mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen abgelehnt.

770.318

Urs Hess stellt den RPK-Antrag, beim Konto Nr. 770.318 den Betrag um CHF 26'000.— zu kürzen und die Ausgaben auf dem Stand des Budgets 2003 zu belassen.

Petra Ramseier bittet den Rat, den Antrag der RPK abzulehnen.

//: Der Antrag Nr. 3.8 der RPK wird mit 23 : 10 Stimmen angenommen.

785.434

Kurt Lanz: Am 30. August 2002 hat die Geschäftsprüfungskommission einen Bericht an den Gemeinderat gesandt. Die Antwort steht zu unserem Erstaunen noch aus. Am 25. Februar 2003 hat die „IG Hundesteuer“ einen Brief an die GPK geschickt, worauf sich die GPK mit der Angelegenheit „Hunde“ auseinander gesetzt hat. Die Rechnung 2002 weist CHF 56'290.— aus. Das ergibt pro Hund zirka CHF 100.—. Aufgrund der Informationen der Gemeindeverwaltung und des Werkhofes haben wir an die „IG Hun-

desteuer“, mit Kopie an den Gemeinderat und RPK, eine Antwort verfasst. Der Aufwand, inklusive Unvorhergesehenes, beträgt aus der Sicht der GPK rund CHF 110.— pro Hund. Wir konnten im nachhinein nicht eruieren, wie die GPK mit Zahlen beliefert wird, wenn sie nach den Aufwänden fragt. Damit wir unsere Glaubwürdigkeit nicht verlieren, stelle ich im Namen der GPK den Antrag, dass bei einem Anteil von 543 Hunden und unter Berücksichtigung von Aufwand und Ertrag, die Gebühr auf CHF 110.— festzulegen ist.

Urs Hess: Die Information der Verwaltung an die GPK hat teilweise gestimmt. Dazu kommt aber der Verwaltungsaufwand und die Hunde kosten rund CHF 67'000.—. Die Hunde müssen für die Gemeinde kostenneutral sein. Die Hundegebühr wird vom Gemeinderat festgelegt.

Erika Schaub unterstützt den Antrag der GPK.

Heinz Schiltknecht schlägt vor, die Angelegenheit mittels parlamentarischen Vorstoss zu thematisieren. Über den Antrag, wie er jetzt formuliert ist, kann der Rat nicht abstimmen.

Kurt Lanz zieht den Antrag im Auftrag der GPK zurück.

800.365

GR Max Hippenmeyer: Der Gemeinderat beantragt, beim Posten betreffend Braunvieh und Zuchtstiere CHF 2'400.— zu streichen.

://: Der Streichungsantrag wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

Investitionsrechnung

160.506.01/160.660.01

GR Max Hippenmeyer: Die Sirenen wurden mit dem Nachtragskredit bewilligt. Der Betrag ist somit aus dem Budget zu streichen.

://: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

620.506.04

Urs Hess stellt den Antrag der RPK, beim Konto Nr. 620.506.04 auf die Ersatzbeschaffung des Fahrzeuges zu verzichten und CHF 65'000.— zu streichen.

GR Denise Stöckli: Wir können die Anschaffung auf das nächste Jahr verschieben.

://: Der Antrag Nr. 3.10 der RPK wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmungen

1. Genehmigung der Voranschläge 2004

://: 1.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Der Voranschlag für das Jahr 2004 wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen mit einem Mehraufwand von CHF 93'095.— genehmigt.

1.2 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die Investitionsrechnung, gemäss den Seiten 50 – 64, wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderung wie folgt genehmigt:

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen sind die Ausgaben bis CHF 1'000'000.— sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.— je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2004

://: 2.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **63.8 % des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).

2.2 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95 % des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

2.3 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **5.5 ‰** festgesetzt. (unverändert).

2.4 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Feuerwehrgeldersatz: 10.0 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.— (unverändert).

3. Festsetzung der Wasserbezugsgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Die **Wasserbezugsgebühr** wird auf CHF 1.40 pro m³ bezogenen Wassers sowie Grundgebühr gemäss Wasserreglement, zuzüglich Mehrwertsteuer, festgesetzt (unverändert).

4. Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr

Rudolf Meury lobt den Gemeinderat, dass er bei der Abwasserreinigungsgebühr einen Rabatt von 25 Prozent gewährt.

Heinz Schiltknecht: Im Gegensatz zu Herrn Meury bin ich anderer Ansicht. Es sieht subjektiv so aus, als hätte man in der Abwasserkasse zu viel Geld. Wenn wir die Kanalisationen reparieren müssen, dann kostet das mehr, als wir heute auf der Seite haben. Ich warne vor diesem Schritt und würde diesen Rabatt nicht gewähren.

GR Max Hippenmeyer: Ich habe den Warnfinger gesehen. Wir gewähren einen Rabatt und keine generelle Gebührensenkung. In der Vorfinanzierung haben wir rund CHF 16 Millionen und die Abwasserkasse hat ein Kapital von CHF 2.6 Millionen. Unter diesen Voraussetzungen ist es sicher gerechtfertigt, dem Steuerzahler entgegen zu kommen. Falls die Situation ändert, kann man jederzeit auf den Beschluss zurückkommen.

Heinz Schiltknecht: Betreffend der erforderlichen 2/3-Mehrheit stellt sich folgende, delikate Frage: ist der Rabatt eine Steuersenkung oder ein reiner Rabatt, welcher mit einem einfachen Mehr wieder aufgehoben werden kann ?

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

Gemeinde: CHF 0.50 pro m³

Kanton: CHF 1.25 pro m³ bezogenes Wasser und
CHF 0.50 pro m³ Sauberwasser aus Mischsystemen

Alle Gebühren gemäss Reglement über Abwasseranlagen, zuzüglich Mehrwertsteuer (unverändert).

Es wird ein Rabatt auf die gesamten Abwasserreinigungsgebühren von 25 % gewährt (neu).

5. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

Die derzeit gültigen Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren werden für das Jahr 2004 beibehalten.

CHF 2.50 / 35 Liter Sack

CHF 44.— / 800 Liter Container

CHF 2.50 / 6 kg Klein- und Grobsperrgut

Einwohnerratspräsident Aldo Pavan lädt alle Anwesenden herzlich zu einem gemeinsamen Apéro nach der Sitzung ein. Für die Tischdekoration und die „Weihnachtsguzzi“ zeichnet Brigitte Pavan verantwortlich. Das Apérogebäck wurde von Maya Wittwer mitgebracht. Herzlichen Dank.

Die Sitzung wurde um 23.45 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 30. Dezember 2003

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär:

Aldo Pavan Bruno Helfenberger